

Danziger Zeitung.

M 12791

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Interne Kosten für die Beiträge oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 17. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses griff Guest lebhaft das gewaltsame Vorgehen Frankreichs in Tunis an. Gladstone beanstandete die Debatte über die tunisische Frage, indem er hervorholte, daß die Beziehungen zwischen Tunis und der Türkei lange Jahre schon kontrovers seien, und indem er an die über ein Menschenalter lange rege und nun unterbrochene Allianz zwischen England und Frankreich erinnerte; Anschuldigungen gegen Frankreich und das Verhalten der englischen Regierung seien erst nach Vorlegung des Schriftwechsels zu beurtheilen. — Bei der zweiten Lesung der irischen Landbill erklärte Gladstone, die Verwerfung der Bill werde auch das Cabinet, das sein Schicksal mit jener verknüpfe. Die Conservativen würden, wenn sie zur Regierung gelangten, eine viel weiter gehende Bill vorzuschlagen müssen. Billige Amendements werde die Regierung annehmen, den Charakter der Bill könne sie aber nicht ändern.

Liverpool, 17. Mai. Gestern kurz vor Mitternacht wurde eine mit Dynamit gefüllte Röhre in das Centralbüro der Polizei geworfen. Es sind viele Fenster des Gebäudes zertrümmert, Menschen aber nicht verletzt worden.

Petersburg, 17. Mai. Ein kaiserlicher Uta vom 16. d. enthebt den Grafen Voros Melikoff aus Gesundheitsrücksichten seiner Bitte gemäß seines Postens und ernennt an seiner Stelle den Grafen Ignatiess zum Minister des Innern. Zum Domänenminister wird der Staatssekretär Ostromski ernannt.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 16. Mai. Dem Abgeordnetenhaus wurden heute vom Unterrichtsminister die Gesetzmüfe wegen Errichtung einer czechischen Universität in Prag und wegen der dazu erforderlichen Nachtragscredite vorgelegt.

Pest, 16. Mai. Das Unterhaus nahm nach langerer Debatte mit großer Majorität den Gesetzentwurf, betreffend den Bau der Pest-Semliner Bahn in der General- und Spezialdebatte an.

Marieille, 16. Mai. In Folge des Verbotes eines gegen die Hinrichtung der russischen Nationalisten Jesse Helfmann gerichteten Meetings kam es gestern vor dem russischen Consulat zu einer Manifestation, an der sich etwa 100 Personen aus den untersten Volkschichten beteiligten. Ein besonderer Zwischenfall hat sich dabei nicht ereignet. Die Menge zerstreute sich, nachdem drei Personen verhaftet worden, die bald darauf wieder in Freiheit gegeben wurden.

Belgrad, 16. Mai. Die Eröffnung der Skupstina ist auf morgen verschoben worden, da die Deputirten in hinreichender Anzahl noch nicht eingetroffen waren.

Politische Übersicht.

Danzig, 17. Mai.

Der Reichstag hat sich in seiner gestrigen Sitzung eine Überraschung bereitet, auf welche Niemand vorbereitet war. Als die Sitzung begann, war so ziemlich alle Welt der Überzeugung, daß die "Bennigjische Clause", wie die "Germania" sich ausdrückt, d. h. die von Hrn. v. Bennigjus in der Commission beantragte und dort wie bei der zweiten Berathung im Plenum angenommene Bestimmung wegen der Verlängerung des Reichstags im Oktober in der gestrigen dritten Berathung abgelehnt und dann die Verlängerung der Legislaturperiode als einziger Inhalt des Gesetzes übrig bleiben würde. Die "Germania" spricht sich noch gestern Abend mit großer Bestimmtheit in diesem Sinne aus, und der Antrag Windthorst, der jeden Zweifel daran beseitigen sollte, daß die Verlängerung der Legislaturperiode diesem Reichstage nicht mehr zu Gute komme, beruht auf derselben Vorausezung. Gleichwohl hat dieselbe sich als irrtümlich erwiesen in Folge der starken Befürchtung des Hauses auf der Linken und der Festigkeit derjenigen Mitglieder des Centrums, welche bei der zweiten Berathung für den Oktober-Termin gestimmt hatten, unter Führung des Abg. Windthorst, der sich wieder einmal auf das Gebiet des Culturkampfes zurückzog. So wurde der Artikel 13, der in zweiter Lesung mit 140 gegen 129 Stimmen angenommen worden war, auch gestern trotz der Erklärung des Staatssekretärs v. Bötticher aufrechterhalten und zwar mit 147 gegen 132 Stimmen.

Die zweite Überraschung war die, daß der Reichstag durch Ablehnung des ganzen Gesetzes den Bundesrat der Mühe überhob, das beschlossene Gesetz abzulehnen. Das Centrum oder vielmehr derjenige Theil des Centrums, welcher gegen den Oktobertermin und für die 4jährige Legislaturperiode gestimmt hatte, legte auf die Bevorzugung des ersten größeren Werths, als auf die 4jährige Legislaturperiode, und stimmte nunmehr gegen das ganze Gesetz, so daß von der ganzen Vorlage und den Beschlüssen der Commission nichts mehr übrig blieb. So gelangte denn schließlich die Resolution des Abg. Richter, welche den Reichskanzler auffordert, für die Feststellung des Reichstags vor den Landesrats Sorge zu tragen, zur Veröffentlichung gelangen, ist ein Bescheid der Regierung zu Kassel vom 29. Juni 1877, in dem es wörtlich heißt:

"Wenn die Mitglieder der katholischen Kirchengemeinde Bockenheim aus confessionellen Rücksichten es vorziehen, anstatt ihre Kinder in die Ortschule zu schicken, neben dem Schulorganismus der Ortsgemeinde eine besondere Confessionsschule zu unterhalten, so fallen die Kosten dieser Einrichtung der gedachten Kirchengemeinde einseitig zur Last und die Stadt Bockenheim kann nicht angehalten werden, wider ihren Willen zu diesem Bebauungszusammenhang zu leisten oder innerhalb des städtischen Schulorganismus die bisherige katholische Schule als Confessionsschule zu unterhalten. Eine Verpflichtung der Stadt in dieser Beziehung würde nur dann anerkannt werden können, wenn dieselbe sich zu dieser Leistung durch besonders gütige Rechtsakte der katholischen Kirchengemeinde gegenüber gebunden hätte; derartige Rechtsakte liegen aber nicht vor, vielmehr wird anerkannt, daß die bisherigen Leistungen der Stadt Bockenheim um nichts."

Wenn man vorgestern in Reichstagskreisen noch hier und da die Hoffnung hegte, daß die Arbeiten des Hauses sich bis Pfingsten würden abwickeln lassen, so ist diese Hoffnung jetzt vollständig geschwunden. Es ist jetzt bekannt geworden, daß der Reichskanzler den Reichstag noch längere Zeit an

seine Arbeiten zu fesseln gedenkt und daß vielleicht noch außer den bis jetzt bekannt gewordenen Vorlagen andere an das Parlament gelangen werden. Die "Kreuzzeitung" spricht gar vom 15. Juli als Schlutetermin. Man kann kaum annehmen, daß die "Reichsregierung" die Hoffnung hegt, noch viel gesetzgeberisches Material mit diesem Reichstag fertig zu stellen; aber man giebt sich vielleicht der Erwartung hin, aus den Verhandlungen Material für die bevorstehende Wahlbewegung zu gewinnen. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob man bis in den Juli hinein den Reichstag beschlußfähig erhalten können wird.

Es schien in letzter Zeit, daß das Unfallversicherungsgesetz noch in dieser Session zu Stande kommen würde. Fürst Bismarck kann dasselbe haben, wenn er es will; freilich muß er es aus den Händen des Centrums annehmen; aber mit dessen Hauptbedingung, dem Fortfall der Reichsanstalt und deren Ersetzung durch Landesanstalten, hat er sich ja zu Frieden gestellt erlassen lassen. Aber es scheint, als ob er ein Zustandekommen des Gesetzes in dieser Session doch nicht so sehr für wünschenswert hält. Der Staatssekretär v. Bötticher hat sich wenigstens neuerdings zu Mitgliedern der Commission dahin geäußert, daß der Reichskanzler bis jetzt nicht auf den Zusuch aus öffentlichen Mitteln zu den Prämien verzichtet habe. Diese Forderung, welche dem Gesetz einen socialistischen Charakter aufheften würde, hat bis dahin auch das Centrum zu bewilligen sich entschieden geneigert, und wenn sie aufrecht erhalten würde, so würde das Gesetz wahrscheinlich zu Falle kommen. — Bei den bevorstehenden Wahlen würde das zustandekommene Unfallgesetz sich gar nicht so gut gebrauchen lassen, wie das abgelehnte. Manchen Arbeitern würde es viel eher beizubringen sein, daß Fürst Bismarck ihnen habe helfen wollen, was jedoch die Parteien verhindert hätten, als wenn das Gesetz fertig wäre und wenn sie dann bei genauerem Besuchen finden würden, daß sie ein Geschenk von sehr zweifelhaftem Werthe erhalten hätten.

Man führte einige Zeit, daß es bei dem Unfallversicherungsgesetz darauf abgesehen sei, die Nationalliberalen zu veranlassen, das Centrum zu überbieten. Aber selbst wenn die Nationalliberalen dies wollten, so könnten sie dem Reichskanzler keine Mehrheit mehr verschaffen. Denn nach dem Eintritt der Secession bilden sämtliche Conservativen zusammen mit den Nationalliberalen gar nicht mehr die Mehrheit im Hause, es fehlen immer daran noch einige Stimmen. Diese sind aber durchaus nicht zu haben; denn die Secessionisten werden ebenso wie die Fortschrittspartei grundsätzlich gegen das Gesetz stimmen.

Die Nationalliberalen sind darum auch der Regierung nicht mehr so wertholle Bundesgenossen, wie früher. Während nach dem Ausscheiden der Secessionisten aus der nationalliberalen Fraction diese von der Regierungspresse heftiger angegriffen wurden, als die Fortschrittspartei, beginnen die Offiziellen jetzt ihre Hauptgeschäfte gegen die in der Fraction zurückgebliebenen Nationalliberalen zu richten. Das scheint wenigstens die eine gute Folge zu haben, daß sämtliche Liberalen näher zusammengeführt werden. Es sind bereits jetzt Aussichten vorhanden, daß alle drei liberalen Fractionen nicht mit gegen einander gerichteten Waffen in den Wahlkampf eintreten.

Der "Reichsanzeiger" brachte dieser Tage eine längere Auseinandersetzung, welche beweisen sollte, daß Herr v. Puttkamer, als er den städtischen Behörden von Bockenheim bei Frankfurt a. M. gegen ihren Willen eine dort nie gewesene communale katholisch-confessionelle Volksschule auf Gemeindekosten zu errichten aufgab, correct gehandelt habe. Leider ist auf dem Schulgebiete nicht Alles gesetzlich "correct", weil wir eine Unterrichtsgesetzgebung nicht besitzen, und es ist für uns ein Trost, daß ein künftiger Fall wieder alle Maximen, welche Puttkamer jetzt aufstellt, mit einem Federstrich über den Haufen werfen kann, wie es Puttkamer mit den Prinzipien Falk's gethan. Der "Reichsanzeiger" brachte auch eine Reihe von Actenstücke in der Bockenheimer Angelegenheit. Jetzt stellt sich aber heraus, daß dabei zwei Actenstücke ausgelassen sind, und es sind dieselben um deshalb die wichtigsten, weil sie den Beweis liefern, daß auch in Bockenheim ebenso wie früher in Elbing, unter Puttkamer in dem Gebiet der Kreisstädte, welche vielleicht zu Aktionen benutzt werden sind und uns oft sehr hervorragende Abgeordnete bei wichtigen Verhandlungen entzogen haben, wünschenswert. Wir hoffen, daß in der Frage der zweijährigen Staatsperioden wie in der Steuerfrage, sich mit der Zeit eine Wandlung der Meinungen zu Gunsten der Regierung vollziehen wird.

"Wenn die Mitglieder der katholischen Kirchengemeinde Bockenheim aus confessionellen Rücksichten es vorziehen, anstatt ihre Kinder in die Ortschule zu schicken, neben dem Schulorganismus der Ortsgemeinde eine besondere Confessionsschule zu unterhalten, so fallen die Kosten dieser Einrichtung der gedachten Kirchengemeinde einseitig zur Last und die Stadt Bockenheim kann nicht angehalten werden, wider ihren Willen zu diesem Bebauungszusammenhang zu leisten oder innerhalb des städtischen Schulorganismus die bisherige katholische Schule als Confessionsschule zu unterhalten. Eine Verpflichtung der Stadt in dieser Beziehung würde nur dann anerkannt werden können, wenn dieselbe sich zu dieser Leistung durch besonders gütige Rechtsakte der katholischen Kirchengemeinde gegenüber gebunden hätte; derartige Rechtsakte liegen aber nicht vor, vielmehr wird anerkannt, daß die bisherigen Leistungen der Stadt Bockenheim um nichts."

Wenn man vorgestern in Reichstagskreisen noch hier und da die Hoffnung hegte, daß die Arbeiten des Hauses sich bis Pfingsten würden abwickeln lassen, so ist diese Hoffnung jetzt vollständig geschwunden. Es ist jetzt bekannt geworden, daß der Reichskanzler den Reichstag noch längere Zeit an

für die katholische Volksschule daselbst lediglich auf freier und daher jederzeit widerruflicher Bewilligung der städtischen Behörden beruht haben."

Der Vorstand der katholischen Kirchengemeinde hat damals gegen diesen Bescheid beim Cultusminister Dr. Falk auseinander, und dieser hat unter 12. November 1877 kurz erwidert, "daß er keine Veranlassung zur Abänderung der seitens der königl. Regierung zu Kassel unter dem 29. Juni a. c. getroffenen Entscheidung finden könne." Wie gesagt, gerade diese beiden Schriften sind in der Publication des Reichsanzeigers fortgelassen, und hr. v. Puttkamer hat die Stadt Bockenheim genau zu dem angehalten, wozu sie nach jener oben in gesperrter Schrift gedruckten Stelle des unter Falk erlassenen Regierungsbeschiedes "nicht angehalten werden kann."

Dem Vernehmen nach soll der mit der Bildung eines neuen italienischen Cabinets betraute Deputierte Sella die Auflösung der Kammer verlangt haben und auf diesem Verlangen beharrten. Der König hat sich darüber noch nicht entschieden und gestern den Kammerpräsidenten Farini zu einer Unterredung zu sich befchrieben.

In der Sonntagsitzung der Delegirten für die griechische Grenzfrage erklärten die türkischen Delegirten, sie seien noch nicht ermächtigt, die letzten vorgelegten vier Punkte zurückzuziehen. In ihrer gestrigen Sitzung haben nun die Botschafter der Mächte beschlossen, die Pforte um Beschleunigung der dietisch-griechischen Angelegenheiten betreffenden Arbeiten zu erüben.

Reichstag.

41. Sitzung vom 16. Mai.

Zur zweiten Berathung steht zunächst der Gesetzentwurf betr. die Bezeichnung des Raumgehalts der Gefäße, in welchen Flüssigkeiten zum Verkauf kommen. Nach der Vorlage sollen alle Fässer, in denen Flüssigkeiten verlaufen, alchimisch nach ihrem Rauminhalt oder bei Verkauf nach Gewicht auf ihre Tara beglaubigt sein, was bisher nur bezüglich der Weinfässer vorgeschrieben war. Die Commission hat diese Bestimmung abgelehnt, dagegen die Befürworter über die Bezeichnung des Raumgehalts der eigentlichen Schankgefäß fast unverändert nach der Vorlage angenommen, und deshalb auch den Titel des Gesetzes geändert in: Gesetzentwurf betr. die Bezeichnung des Raumgehalts der Schankgefäß. Die bisherige Eintheilung der Vorlage in Art. I.: Bestimmung bezüglich der Fässer; Art. II.: bezüglich der Schankgefäß, und Art. III.: Einführungstermin für beide Bestimmungen, ist ebenfalls aufgegeben und der Einführungstermin (1. Januar 1884) daher als letzter Paragraph der Bestimmungen über die Schankgefäß angelassen.

Nachdem Herr Karsten die Beschlüsse der Commission empfohlen und Geh. Rath Weymann dieselben befürwortet, wird Art. I. abgelehnt und der Rest des Gesetzes nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Änderung der Reichsverfassung auf Grund der in zweiter Berathung gefassten Beschlüsse; dieselben lauten: "Art. 13. Die Verfassung des Raumes an den Titel des Gesetzes geändert in: Gesetzentwurf betr. die Bezeichnung des Raumgehalts der Schankgefäß. Die bisherige Eintheilung der Vorlage in Art. I.: Bestimmung bezüglich der Fässer; Art. II.: bezüglich der Schankgefäß, und Art. III.: Einführungstermin für beide Bestimmungen, ist ebenfalls aufgegeben und der Einführungstermin (1. Januar 1884) daher als letzter Paragraph der Bestimmungen über die Schankgefäß angekommen.

Abg. v. Kardorff: Ich kann es nicht als absolute Würde eines Mitgliedes dieses Hauses anerkennen, sich stets in unmittelbarem Verkehr mit seinem Wahlkreise umzusetzen, um ihm seine Meinungen zu communicate; wir haben es immer für möglich gehalten, unter Umständen auch gegen die Ansichten unseres Wahlkreises zu handeln, gleichviel ob unser Mandat dabei auf dem Spiele stand. Über den Wunsch des Vorredners, die Wahlen möglichst oft sich wiederholen zu lassen, bin ich nicht ganz erstaunt; eine Realisierung derselben erfordert aber um so ferner liegend, als von keiner Partei so sehr gerade an die schlechten Leidenschaften appelliert wird, wie von den Socialdemokraten (Lebhafter Widerspruch, lins.). Gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode sind sonst eigentlich von keiner Seite prinzipielle Bedenken geltend gemacht worden. Selbst Herr Reichskanzler hat auch darin Recht, daß die Geschäfte hier im Hause von einem zu engen Kreise von Rednern geführt werden. Bei einer Kritik der gesamten Staatsverwaltung auf Grund des Budgets erfordert es doch die Willkür und die Würde des Hauses, daß alle Parteien gehörten. Der Stagnation im Volk wird man mit diesem Gesetzentwurf nicht bekommen, sondern nur durch Verkürzung der Wahlperioden und häufigere Anrufung der Entscheidung des Volkes. Ein gerechtes Resultat als bisher wird sich ferner auch dadurch erreichen lassen, daß man die Wahltage auf einen Sonntag verlege.

Abg. v. Kardorff: Ich kann es nicht als absolute Würde eines Mitgliedes dieses Hauses anerkennen, sich stets in unmittelbarem Verkehr mit seinem Wahlkreise umzusetzen, um ihm seine Meinungen zu communicate; wir haben es immer für möglich gehalten, unter Umständen auch gegen die Ansichten unseres Wahlkreises zu handeln, gleichviel ob unser Mandat dabei auf dem Spiele stand. Über den Wunsch des Vorredners, die Wahlen möglichst oft sich wiederholen zu lassen, bin ich nicht ganz erstaunt; eine Realisierung derselben erfordert aber um so ferner liegend, als von keiner Partei so sehr gerade an die schlechten Leidenschaften appelliert wird, wie von den Socialdemokraten (Lebhafter Widerspruch, lins.). Gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode sind sonst eigentlich von keiner Seite prinzipielle Bedenken geltend gemacht worden. Selbst Herr Reichskanzler hat anerkannt, daß unter den festigen Verhältnissen des Reichstags tatsächlich nur in einer einzigen Sitzung von allen Wahlkreisen verhandeln verstanden werden kann. Von den Beamten ganz bestellt. Es müssen praktische Männer in den Reichstag entsandt werden, natürlich mit Diäten, sonst bekommen wir ein Rentiersparlament. Der Reichskanzler hat auch darin Recht, daß die Geschäfte hier im Hause von einem zu engen Kreise von Rednern geführt werden. Bei einer Kritik der gesamten Staatsverwaltung auf Grund des Budgets erfordert es doch die Willkür und die Würde des Hauses, daß alle Parteien gehörten. Der Stagnation im Volk wird man mit diesem Gesetzentwurf nicht bekommen, sondern nur durch Verkürzung der Wahlperioden und häufigere Anrufung der Entscheidung des Volkes. Ein gerechtes Resultat als bisher wird sich ferner auch dadurch erreichen lassen, daß man die Wahltage auf einen Sonntag verlege.

Abg. v. Minnigerode: Die Beschlüsse zweiter Berathung haben keine Seite des Hauses befriedigt. Ich erkläre mich zunächst gegen den Art. 13. Gewiß ist die Feststellung des Reichstags vor dem Etat der Einzelstaaten in hohem Grade wünschenswert, aber die Forderung, den Reichstag grundsätzlich schon im Oktober zu berufen, geht über die Kompetenz des Bundesrates hinaus, gleichviel ob sich wiederholen zu lassen, bin ich nicht ganz erstaunt; eine Realisierung derselben erfordert aber um so ferner liegend, als von keiner Partei so sehr gerade an die schlechten Leidenschaften appelliert wird, wie von den Socialdemokraten (Lebhafter Widerspruch, lins.). Gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode sind sonst eigentlich von keiner Seite prinzipielle Bedenken geltend gemacht worden. Selbst Herr Reichskanzler hat anerkannt, daß unter den festigen Verhältnissen des Reichstags tatsächlich nur in einer einzigen Sitzung von allen Wahlkreisen verhandeln verstanden werden kann. Von den Beamten ganz bestellt. Sie wissen sehr gut, daß ihre Interessen weit besser von Männern vertreten werden, welche auf allen Gebieten des Wissens bewandert sind. Der Vorredner hat es für wünschenswert erklärt, daß den Beamten das Wahlrecht genommen werde; wir haben es insofern für notwendiger, daß praktische Wahlrecht der Socialdemokraten zu lassen. Gegen die vierjährigen Legislaturperioden ist der Einwand geltend gemacht, daß hierdurch die Zahl der Richter und Verwaltungbeamten, die Wahlen möglichst oft sich wiederholen zu lassen, bin ich nicht ganz erstaunt; eine Realisierung derselben erfordert aber um so ferner liegend, als von keiner Partei so sehr gerade an die schlechten Leidenschaften appelliert wird. Allerdings werden diejenigen, welche anderen Berufswege angehören, in vielen Fällen durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit so gefestigt, daß sie nicht immer in der Lage sind, ein Mandat anzunehmen. Dem wäre aber dadurch abuhelfen, daß für zweite Lesungen die Beschlussfähigkeit erhöht wird. Dann könnte man die Hauptabstimmungen auf einen Zeitpunkt zusammenfassen, und viele würden damit in den Stand gesetzt sein, den übrigen Teil ihres Mandats genügend nachzusommen. Ein wesentlicher Schritt, um das Einvernehmen zwischen Preußen und der königlichen Kurie wieder herzustellen, würde es sein, wenn die einzelnen Mitglieder des Centrums je nach ihrer politischen Stellung sich in die übrigen Parteien vertheilen und innerhalb derselben treten. Welcher Fraktion sich s. B. Dr. Windthorst anschließen würde, weiß ich allerdings nicht. (Rufe: den Freikonservativen! Heiterkeit.)

Abg. Windthorst: Ich dankte dem Abg. v. Kardorff, daß er die Notwendigkeit einer Bestätigung des Culturkampfes anerkannt hat; dieses Anerkenntnis ist mir aus seinem Munde um so wertvoller, als gerade die deutsche Reichspartei einen nicht geringen Anteil an dem Kampf gegen den Culturkampf gehabt hat. Die Erklärung, welche er der Entstehung des Culturkampfes gegeben hat, muß ich dagegen ebenfalls anerkennt, weil er sich erhebt. Der Culturkampf ist entstanden aus Herrn Schück. Man hat, geleitet von dem Gedanken der Unabhängigkeit des Staates, die selbständige Corporation der Kirche niederdrücken wollen, ebenso wie man jetzt die Selbständigkeit der Parteien zu brechen sucht. (Abg. Sonnenmann: Sie unterstützen den Fürsten Bismarck, wie wir dies stets getan haben.) Überall da, wo er Recht hat, und wenn dies in neuerer Zeit öfter geschieben ist, so liegt der Grund nur darin, daß er sich in manchen Fragen unser Anschauungen geändert hat. (Sehr richtig!) Dr. v. Kardorff hat uns aufgefordert, auch unserseits zur Herbeiführung eines Ausgleichs in dem kirchenpolitischen Kampfe mitzuwirken. Wir sind hierzu gern bereit. Wollen Sie unsere Unter-

stzung, so brauchen Sie nur für eine gründliche Revision der Völkergebung zu sorgen. Wenn der Abg. v. Kardorf die Absicht ausdrückt, auf eine Auskündigung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Reichstag hinzuwirken, so kann ich ihm schon heute erklären, daß er meine Unterstützung dabei nicht haben wird. Durch gewaltsame Zurückdrängung befiehlt man solche Uebstände nicht. Man muß die Wunden offen bloslegen, um sie zu heilen. Gerade das Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten in dieser Session hat viel dazu beigetragen, ihre Bewegung im Lande zu discreditiren. Man muß wissen, daß ihre Ziele in der That nichts Anderes sind, als die Republik, der sociale Staat und der Athletismus. Gegen diese Ziele kämpft am kräftigsten die latzholtische Kirche; wollen Sie dieselbe in diesem Kampfe unterstützen, so befreien Sie sie von ihren Fesseln. Den Vorschlag des Abg. v. Kardorf, daß das Centrum sich auflösen und die einzelnen Mitglieder sich unter die verschiedenen Parteien vertheilen sollen, kann ich nicht akzeptieren. Auch in dieser Vereinzelung würde ein jeder seine Grundsätze aufrecht erhalten und wenn er innerhalb der Fraktion, der er beigegeben ist, eine Unterstützung seiner Prinzipien nicht findet, als ein fremdes Element sich fühlbar machen. Ich halte es deshalb für loyaler, wenn er draußen bleibt; auch hat uns die Erfahrung gelehrt, daß wir vereint uns besser schlagen, und deshalb würde es thöricht sein, unsere jetzige Stellung aufzugeben, die unmeinbar ist. Was den vorliegenden Gesetzentwurf betrifft, so muß ich den Abg. v. Treitschke, der heute wiederum den Vorwurf erhoben hat, daß unser Beschluss die Vorrechte der Krone verleihe, auf die früheren Ausführungen des Abg. v. Bennigsen verweisen. Man darf auch das monarchische Prinzip nicht überbreiten wollen. Ich schließe mit dem Ausdruck der Freude, daß auch die deutsche Reichspartei endlich die Nothwendigkeit einer Befestigung des Culturlampe anerkannt hat. (Heiterkeit)

Die Generaldiscussion wird hiermit geschlossen. — Abg. Kayser erklärt in einer persönlichen Bemerkung, daß wenn Dr. v. Kardorf einen Antrag auf Auslöschung der sozialdemokratischen Abgeordneten einbringe, er selbst sich vorbehalte, den volksvergessenden Schnapsbrennern das passive Wahlrecht zu entziehen.

In der Spezialdebatte wendet sich der Abg. Marquardsen zunächst gegen d. Treitschke's Behauptung, daß der zu Art. 13 gefaßte Beschluss die Prärogative der Krone verleihe. Der Kaiser hat gegen eine solche Verfassungsänderung durch den Bundesrat das absolute veto, wenn er mit seinen mehr als 14 Stimmen diesem Vorschlag entgegentritt. Auch wird durch unsfern Vorschlag dem Kaiser durchaus nicht das Vorrecht entzogen, zu jeder Zeit den Bundesrat und Reichstag zu berufen. Die Vorbereitung der Vorlagen braucht nicht in der Zeit kurz vor der Einberufung des Reichstages zu erfolgen, sondern kann auch vor Eintritt der Ferien, der Badereisen u. s. w. geschehen. Die Erfahrung lehrt auch, daß die vorbereitenden Arbeiten des Bundesrats selten den Zeitraum von 4 Wochen vollständig ausgefüllt haben. Vor mir liegt ein Verzeichniß von allen Einberufungen des Bundesrats und des Reichstags seit der Zeit des norddeutschen Bundes. Es handelt sich dabei um 17 Einberufungen und von diesen ist 10 Mal die Einberufungszeit weniger als ein Monat vor dem Zusammentreffen des Reichstags gewesen. Dies ist unzweckhaft ein Beweis, daß es wenigstens nicht so schlimm ist, als es die Herren machen. Wenn der Abg. v. Treitschke aber meinte, daß die Bundesratsbevollmächtigten so zu jagen auch Menschen seien, was ich ihm vollständig zugebe, so sind doch wohl andere Staaten auch Menschen, und ich frage ihn, wie es in Preußen und Bayern möglich ist, daß dort die Landtage regelmäßig im Oktober zusammenentreten, wenn es nicht möglich wäre, vorher die betreffenden Vorlagen in den Ministerien auszuarbeiten. In Preußen liegt die Sache ganz ähnlich. Es ist nichts mit den übertriebenen Argumenten von der verlebten kaiserlichen Prärogative und von den ungeheuren Schwierigkeiten des praktischen Lebens, was man uns entgegenstellen könnte. Stimmen Sie ruhig für den Art. 13 wie er vorliegt. (Beifall links.)

Sstaatssekretär v. Boetticher: Ich habe Namens der verbündeten Regierungen die Erklärung abgegeben, daß sie einstimmig zu dem Resultate gekommen sind, dem Art. 13, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, ihre Zustimmung nicht zu geben; sie befinden sich nicht in der Lage, dem Kaiser eine Beschränkung seines Verfassungsrechtes zu empfehlen. Die Gründe für diesen Beschluss sind bereits in der zweiten Lesung erörtert worden. Wenn auf die Minister der Einzelstaaten exemplifizirt worden ist, deren Landtage im Oktober zusammenentreten, so überliefert man, daß es sich da um einzelne Personen handelt, die sich ihre Arbeiten nach eigenem Ermessens einrichten können, beim Bundesrat aber um eine collegiale Körperschaft, die auf Grund der Instructionen sämtlicher Regierungen berathet. Ich meine, wenn eine Körperschaft wie der Bundesrat zu dem Schlus kommt, daß der Vorschlag des Reichstages durchführbar ist, so sollte sich der Reichstag doch nochmals bestimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Ritter (Hagen): Wenn wir jetzt mit unseren Arbeiten im besseren Bilde sind, so werden wir durch die Oster- und Pfingstferien unterbrochen, beginnen wir aber im Oktober, so können wir unsere Arbeiten bis Weihnachten ohne Unterbrechung erledigen, und die Weihnachtsferien bilden die natürliche Grenze zwischen den Sessionen des Reichstages und der Landtage. Der Bundesrat tagt doch tatsächlich permanent, die Eintheilung seiner Tätigkeit in Sessionen hat einen mehr formalen Charakter. Warum es übrigens für den Bundesrat schwerer sein soll, seine Arbeiten zu beschleunigen, wie für ein Ministerkollegium, vermag ich nicht einzusehen. Es handelt sich hier nur darum, was zweimäßig ist, und deshalb verstehe ich auch nicht die immer wiederkehrende Berufung auf die Rechte der Krone; man könnte mit demselben Rechte sagen, es sei ein Eingriff in die Rechte der Wähler wenn man die Legislaturperiode auf vier Jahre verlängert. Es fragt sich doch wirklich nur, was praktisch ist.

Abg. Lascher: Ich habe zu einer Gruppe von Abgeordneten gehört, welche Ihnen vorgeschlagen hat, gegen die jetzigen Missstände eine Resolution anzunehmen, und ich würde in der That auf den Unterschied, ob dies in der Revolutionstheorie geschieht oder in der Form eines Gesetzes von Hause aus kein großes Gewicht gelegt haben. Es ist aber dieser Vorschlag gemacht worden und wir haben keinen Grund gefunden, uns bei diesem Punkt von der Majorität zu trennen. Das Vorschreiben der Prärogative der Krone ist meiner Meinung nach kaum der Widerlegung wert. Der Reichskanzler hat selbst erklärt, daß er die Annahme dieses Antrages für keine Einschränkung der Prärogative der Krone halte, und man erst den Auspruch des Kaisers abwarten sollte, ob er zustimmen wolle. Ich protestiere aber namentlich dagegen, als ob nicht der Reichstag gerade sowohl für die kaiserlichen Rechte und deren Integrität eintrete, auch wenn er diesen Beschluss annimmt. Ich glaube, man wird weiter hier noch anderswo die Meinung beibringen können, als ob der Bundesrat mit größerer Energie für die Wahrung der kaiserlichen Rechte eintrete als dies der Reichstag thut. (Sehr wahr! links.) Wenn uns wenigstens die Regierung einen Gegenvorschlag zur Abänderung der jetzigen Uebelstände gemacht hätte, dann läme es auf die Form nicht an. Insfern wird jedenfalls das heutige Votum, selbst wenn das Gesetz nicht zu Stande kommen sollte, einen sehr materiellen Werth haben, das wir in Zukunft bei der Ablösung wirklich vorhandene Uebelstände nicht als Bitende vor den Regierungen stehen werden, sondern dann die Regierungen sich veranlaßt sehen werden, ihre Mithilfe uns angeboten zu lassen.

In namenlicher Abstimmung wird darauf Art. 13 wiederum nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, und zwar mit 147 gegen 132 Stimmen; ebenso Art. 24 (vierjährige Legislaturperioden) mit 155 gegen 122 Stimmen. Bei der ersten Abstimmung setzte sich die Mehrheit zusammen aus dem Fortscritt, den Nationalliberalen, den Secessionisten, den Sozialdemokraten und einem Theil des Centrums; bei der zweiten Abstimmung bildeten die conservativen Parteien und der größte Theil des Centrums die Mehrheit; die Polen enthielten sich der Abstimmung, die Westen stimmten beide Male mit den liberalen Parteien. — Der Antrag Windhorst wegen Hinzuzeichnung der Einführungstermine wird ebenfalls angenommen.

Ehe das Haus zur Gesamtabstimmung schreitet, bemüht Abg. Rickert, daß für den Fall der Ablehnung des Gesetzes über seinen Antrag abgestimmt werden müßte, den er in erster Lesung eingebraht und noch nicht zurückgehabt habe; derselbe lautet: "Den Reichskanzler zu erlauben, dahin zu wirken, daß in Zukunft das Gesetz für das deutsche Reich früher festgesetzt werde, als die Kaiserliche beweist, daß seiner Meinung

nach der Antrag durch die Abstimmung in zweiter Lesung erledigt sei.

Abg. v. Bennigsen entgegnet, daß es sich bisher um eventuelle Abstimmungen gehandelt habe; die eigentlich definitive Abstimmung komme erst jetzt und falls das Gesetz abgelehnt werde, müsse über den Antrag Rickert abgestimmt werden.

Darauf lehnt das Haus den Gesetzentwurf, be-

treffend die Verfassungsänderung, mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit ab und genehmigt den oben mitgetheilten Antrag Rickert.

7. Nächste Sitzung: Dienstag.

Deutschland.

△ Berlin, 16. Mai. In Abgeordnetenkreisen wollte man heute wissen, ob seien bei den letzten Conferenzen des Reichskanzlers mit dem Kaiser auch über Personensachen hinsichtlich hoher preußischer und Reichsbeamtenposten Verhandlungen gepflogen, oder gar Entscheidungen getroffen worden, deren Resultate jedoch erst nach dem Schluß der Reichstagsession befann werden sollten. Da bei diesen Gerüchten lediglich diejenigen Angaben wiederholt werden, welche seit längerer Zeit schon Verbreitung, aber auch sofortigen offiziölen Widerspruch erfahren haben, so verzichten wir auf die Wiedergabe der Einzelheiten; indessen verdient die von guter Seite kommende Sicherung Glauben, daß der Name des letzten Ministers des Innern, Grafen Botho zu Culemburg, dabei in keiner Weise in Betracht gelommen ist und gegenüber den Erklärungen, welche der Graf bei seinem Rücktritt abgegeben hat, auch füglich nicht in Betracht kommen konnte. — Die Nachricht, daß das im vorigen Jahre erlassene bis zu Ende dieses Jahres geltige Kirchengefeß verlängert und eine bezügliche Vorlage in der nächsten Session des Landtages unterbreitet werden soll, wird bestätigt. Ob übrigens die Regierung an der Hand der Erfahrungen, die sie mit dem Gesetze gemacht hat, sich nicht veranlaßt sehen werde, in einzelnen Punkten Abänderungen zu beantragen, wird abzuwarten bleiben und jedenfalls erst nach Entscheidung über die Person des künftigen Leiters des Cultusministeriums zum Austrag kommen.

× Berlin, 16. Mai. Die Petitionscommission des Reichstages hat in Betreff einer Petition des Kaufmanns C. Scheer zu Treuen und Genossen zu Bardejov und Pechale, enthaltend Beschwerde über die Bestrafungen Seitens des Militärischen in Folge der während der Schießübungen auf dem Schießplatz bei Jüterbog erfolgenden Absperrung der angrenzenden Feldmarken den Antrag gestellt: „die Petition dem Reichskanzler zur Beurtheilung zu empfehlen, da die Militärverwaltung nicht berechtigt ist, ohne vorherige Expropriation die betreffenden Grundstücke zu den hier fraglichen militärischen Zwecken zu gebrauchen.“ — In Bezug auf eine Petition des Mühlbesitzers Karl Mohr zu Bielitz, betreffend die Gewährung einer Entschädigung für die Beeinträchtigung seines Gewerbebetriebes durch die Sperrung öffentlicher Wege während der Artillerieschießübungen bei Briesel beantragt sie: „die Petition dem Reichskanzler mit dem Ersuchen mitzuhören, in Erwägung ziehen zu wollen, ob nicht dem Petenten für die Verluste, welche ihm durch die in Folge der Militär-Schießübungen eingetretene Absperrung der öffentlichen Wege erwachsen, eine billige Entschädigung zu gewähren sei.“

* Die Commission für die Novelle zum Gerichtskostengesetz hat heute die zweite Verhöhung beendigt. Der Beschluss, demzufolge die Befestigungen der Gerichtsvollzieher durch die Post kostengünstiger bleiben sollen, wurde auf Befürwortung der Regierungskommission zurückgenommen.

* In dem Verein der Liberalen in Chemnitz hat der Abg. Rickert am Freitag Abend Gelegenheit genommen, gegen die von den Conservativen ausgedachte Parole „Für Bismarck oder gegen Bismarck“ Protest einzulegen und das thatssächliche Verhalten der selben zu dem Wehrsteuergefeß und der Quittungssteuer mit jener Parole in Kontrast zu stellen. „Sei es denn erhört, frug Herr Rickert, daß das deutsche Volk über einen Mann abstimmen solle, der doch nur ein Staatsdienner, neben dem Kaiser steht?“ Die conservative oder, was nachgerade fast dasselbe ist, die governementale Presse ist bemüht, die heutige Lage mit denjenigen der Jahre vor 1866 in Vergleich zu stellen. Hr. Rickert sagte in dieser Beziehung: „In den Conflitsjahren habe man die Liberalen in Preußen als Feinde des Königtums bezeichnet, und trotzdem habe das Volk stets liberal gewählt, weil es die Nachberechtigung dieser Parole einsah und begriff, daß sich die Regierung einer Verfassungsverleihung schuldig mache. Erst nach dem Kriege von 1866 sei der Fehler über diesen Rechtsstreit zwischen Regierung und Volksvertretung geschlossen worden, als Fürst Bismarck letztere wegen der Verfassungsverleihung um Vergebung bat. Die Parallele zwischen damals und jetzt treffe also nicht zu. Als der Herzog von Wellington, so schloß nach dem Bericht der „Chem. Ztg.“ Hr. Rickert unter stürmischem Beifall der Versammlung seinen Vortrag, englischer Premierminister gewesen und im Verein mit den Tories Alles aufgeboten habe, die Freiheiten des englischen Volkes zu beschränken und die Liberalen einzuzwingen, da habe ihm ein liberaler Abgeordneter im Parlamente zugerufen: „Herzog von Wellington, Du hast das englische Volk von Sieg zu Sieg geführt, den großen Corps gedemütigt und Englands Ruhm vermehrt, aber das englische Volk wird Du nie besiegen.“ Und so sage auch er, daß, obgleich Fürst Bismarck Großes für Deutschland geleistet, Österreich und Frankreich niedergeworfen habe, er doch den Liberalismus und das deutsche Volk nicht besiegen würde.

* Die gebekte Corvette „Bineta“ (19 Geschütze, Commandant Capitän z. See Birzow) ist am 16. Mai c. in Hongkong eingetroffen.

England.

* Aus Capstadt vom 12. Mai wird gemeldet: Zwischen den Basutos und den Colonialtruppen hat bei Patmethontein ein Kampf stattgefunden, in welchem letztere nur unbedeutende Verluste erlitten.

Frankreich.

Paris, 16. Mai. Die „République française“ weist die Neuerungen der englischen und italienischen Presse über die tunesische Angelegenheit zurück und erklärt, der in dem Vedo abgeschlossene Vertrag werde Frankreich in den Stand setzen, sich mehr als je friedlicher Arbeit zu widmen. (W. T.)

Rom, 15. Mai. Die hiesigen Zeitungen enthalten fortgesetzte heftige Angriffe gegen die Haltung Frankreichs in der tunesischen Angelegenheit. Der französische Botschafter, Marquis de Roailles, hat gestern dem Ministerpräsidenten Cairoli eine Deputie des französischen Ministers des Auswärtigen, Barthélémy St. Hilaire, mitgetheilt, in welcher Letzterer jede Absicht einer Anspielung auf Italien in seinem jüngsten Circular in Abrede stellt und die Erhaltung der Freundschaftsbeziehungen zu

Italien betont. Der italienische Botschafter in Paris, General Galbini, hat in einer Deputie vom 11. d. über seine Befreiung mit Barthélémy St. Hilaire berichtet. Der von Letzterem bei dieser Gelegenheit in Aussicht gestellte Vertrag mit dem Bey von Tunis soll einen anderen Wortlaut als der schließlich abgeschlossene Vertrag haben. (W. T.)

Italien.

Petersburg, 14. Mai. Die „Reformen“, auf welche man seit der Thronbesteigung Alexanders III. in ganz Russland rechnete, kommen in höchst eigenthümlicher Form ans Tageslicht. Den Anfang macht die Befreiung für die höheren Offiziere; dann ist die Neu-Uniformirung der Petersburger Polizei gefolgt. Und während man den sehr verständigen Vorschlag Loris-Melikoffs zur Lösung der russischen Bodenfrage ruhig ad acta gelegt hat, berathet man eiligst die Milde der Dörfelstrafen!

— 16. Mai. Die Beisetzung der Leiche des Prinzen Peter von Oldenburg ist bis zum 20. d. M. verschoben worden, da die Ankunft des Großherzogs von Oldenburg zu den Trauerfeierlichkeiten erwartet wird. — Nach einer Meldung des „Golos“ ist es in Losowaja (Gouvernement Jetaterinoval) am 14. d. zu Ruheschriften gekommen. In Nikolajew überfiel denselben Blatte zufolge am 13. eine Anzahl Arbeiter jüdischen Einwohnern gehörige Häuser und Aushandelslokale und zertrümmerte dort die Fenster. Die Arbeiter wurden von Polizisten zerstört. — Wie verschiedene Blätter melden, waren im Kriegsmuseum befußt Verminderung der Ausgaben folgende Maßregeln beabsichtigt: Abchaffung als unnütz betrachteter Militärbüros, Einschränkung des Personals der Kasernen und Verwaltungen des Militärressorts, Verminderung des Truppencontingents in Friedenszeiten, Abchaffung einiger Militäranstalten, Einstellung der Gehaltszählung an auf 11 Monate beurlaubte Generale, Aufhebung verschiedener Militärcommissionen, endlich Einschränkungen des Personals des Marineministeriums und Heraussetzung der Gehaltsraten für dasselbe. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf soll demnächst dem Staatsratte vorgelegt werden.

(W. T.)

— 17. Mai. Auf der Tagesordnung des VIII. Gewerbevereins in Halle a. S. am 14. und 15. d. W. steht u. A.: Beschluß über ein Preisausschreiben für einen Apparat, welcher durch Druckregulierung eine Gasersparnis von 20—25 % ergibt, Gründung einer Verbands-Darlehns- und Unterstützungsclasse sowie einer Verbands-Sterbekasse, Bildung von Bezirksparteibünden u. s. w.

— 18. Mai. Der Arbeiter L. war mit einem Korb voll Sachen von dem Handelsmann B. nach dem Ostbahnhof geschickt und hatte hierbei aus dem Korb in Gemeinschaft mit einem Arbeiter S. 1 Winterüberzieher, 1 Hose, 1 Unterhose, 2 Westen und 1 Rock gestohlen. Der L. wurde noch gestern verhaftet, jedoch von den gestohlenen Sachen bei ihm nichts mehr gefunden. Er will diesen sofort verkaufen haben. S. ist noch nicht ermittelt.

[Polizeibericht vom 17. Mai.] Verhaftet: Arbeiter L., unberechtigte B. wegen Diebstahl; Arbeiter G. und L. wegen Schlägerei und Erregung eines Volksaufstands; 14 Dörfellose, 2 Bettler, 3 Dinen. — Gestohlen: dem Kaufmann G. verschiedene leere Petroleumflaschen; vom Lagerplatz in Neufahrnmauer. — Verloren: ein goldenes Ohrringe auf der Gr. Allee. — Gefunden: ein hölzerner Waschbecken aus Stadtgebiet Nr. 127 beim Wachmann Wolfram.

— 19. Mai. Aus dem kleinen Werder, 16. Mai. Die Kaufhalle, welche gestern Abends 11 Uhr auf der Chaussee von Thiergart nach Grunau den Eisenbahn-Stationsassistenten Just aus Grunau gefördert haben, sind bereits ermittelt und verhaftet. Es sind zwei ganz junge Leute (Häfele und Gutz) aus Tschau, welche bereits eingeraubt haben, die Unfall, und zwar lediglich aus Rauslaß, im Zustande der Trunkenheit begangen zu haben. Der Gang ist, soweit bis jetzt ermittelt, folgender gewesen: Der Gasthofbesitzer Fichter, der Kaufmann Reger und Just machten am Sonntag Nachmittage eine Spazierfahrt nach Thiergart und kehrten um 11 Uhr Abends zurück. Auf der Feldmark Grunau wurde ihr Fuhrwerk plötzlich von den beiden Leuten angefallen und festgehalten. Fichter, ein gewandter kräftiger Mann, der den Wagen führte, gab die Leine einem Genossen und sprang vom Wagen, um die Angreifer zu vertreiben. Als F. den Leuten näher kam, wird er durch einen kräftigen Schlägel, der ihn in die Schläfe traf, zu Boden geschlagen, wo er betäubt liegen blieb. Wahrscheinlich ist es dem Just, der ihm zu Hilfe eilte, ebenso ergangen und dann haben die beiden Verbrecher vor herannahenden anderen Fuhrwerken die Flucht ergriffen. Fichter erholt sich bald und wollte nun die Fahrt fortführen. Erst da vernahm man den Just. Man suchte ihn in der Dunkelheit vergeblich und erst, als aus den benachbarten Häusern Leute mit Laternen herbeigeholt waren, fand man den J. als Leiche in einem mit Wasser gefüllten Chausseegraben, ganz mit Schlamm bedekt. Wahrscheinlich ist J. von den Raubbolden erschlagen und dann seine Leiche in den Graben geschleppt worden. J. war ein allgemein gesättigter lebenswürdiger Beamter, erst einige 30 Jahre alt. Er hatte den letzten deutsch-französischen Krieg mitgemacht und in demselben das eiserne Kreuz erworben. Eine junge Witwe und 4 kleine Kinder, von denen das älteste erst 5 Jahre zählt, beweisen sein schreckliches Ende.

Erling, 16. Mai. Die Nachricht vom dem Schaden,

den der oberländische Canal an der fünften geneigten Ebene erhalten, hat nach der hiesigen „A. B.“ in kommerziellen und Schiffahrtskreisen große Beschwörung hervorgerufen. Gleichlicherweise bestätigt sich die Befürchtung nicht. Auf eine Anfrage der Zeitungen der hiesigen Kaufmannschaft bei der Wasserbau-Inspection in Zölp ist die erfreuliche Antwort eingegangen, daß der Damm in kurzer Zeit hergestellt und die Schiffahrt in circa acht Tagen wieder eröffnet werden kann. — Wie aus Pr. Holland geschrieben wird, sollen die alten Schleusen wiederum wieder in Stand gesetzt werden. Wie man hört, ist der Grund des Durchbruches in der zum Damme verwendeten Erde zu suchen; dieselbe soll nicht die nötige Haltbarkeit besitzen, während die Ausführung der Arbeit eine durchaus gute gewesen ist. Es soll überhaupt nicht in der ganzen Gegend zu diesem Zwecke taugliche Erde nicht zu finden sein.

— Die Wöhrel'sche Maschinenfabrik in Berlin, welcher bekanntlich auch die hiesige ehemals Hamburg-Böhmische Waggonfabrik gehört, hat das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust von 270 000 M. abgeschlossen.

Liegenhof, 16. Mai. In vergangener Nacht ist das Gehöft des Befkers Fischer in Leitau abgebrannt. Ein Dienstmädchen ist verbrannt und der Sohn des Befkers hat bedeutende Brandwunden davongetragen. Befke und Kudde sind ebenfalls verbrannt. Wenige Tage vorher brannten in Stobbendorf die Gebäude des Schiffs Wohlgebundt niederr. — Bei dem gestrigen Brände des „Deutschen Hauses“ hier selbst hat, wie die „Werb. Ztg.“ meldet, der hiesige Handwerker-Verein einen empfindlichen Verlust erlitten. Der größte Theil der statlichen Bibliothek desselben sowie die sämtlichen Sammlungen derselben sind mitverbrannt.

— C. Meine, 16. Mai. Ja der Nachtr. vom 7. zum 8. d. M. ist das Thomas Dutta'sche Gasthaus nebst Gaststall in Adl. Grembl abgebrannt. — Der Regierungsvorstand hat die Erbteilung von 300 Proc. der Klasse und Klasse II. Grundsteuer und 50 Proc. der Gebäudesteuer zur Besteitung der kommunalen Bedürfnisse der Stadt Meine genehmigt.

+

Statt besonderer Meldung.
Heute früh 7 Uhr wurde uns ein
kräftiger Sohn geboren.

Danzig, den 16. Mai 1881.
Bernhard Fuchs und Frau
Theresa, geb. Dölfers.

Durch die glückliche Geburt eines
Knaben wurden erfreut.
Danzig, den 16. Mai 1881.

Achmann u. Frau, geb. Gerlach.
Cornelius Wiens, Trampenau,
Maria Wiens, Wohlaff.

Berlobte.
Danzig, den 16. Mai 1881.
(6517)

Hente fröhlich 5 Uhr wurde meine liebe
Frau Hedwig, geb. Schwarz, von
einem muntern Knaben glücklich ent-
bunden.

Danzig, den 17. Mai 1881.

Biebler, Feldweber.
Die Geburt eines muntern Knaben
zeigt Freunden und Bekannten
hiermit ergeben.
Danzig, den 17. Mai 1881.

Könover und Frau.
Nach langem schweren Leiden ent-
schied heute Nachmittag 2½ Uhr sanft
mein geliebter Gatte, unter thüriger
Bruder und Schwager, der Rentier

Otto Raudh
im 67. Lebensjahr.

Tief gebeugt macht diese Anzeige im
Namen aller Hinterbliebenen
die trauernde Gattin

Jacobine Raudh, geb. Rosel.

Marienburg, den 16. Mai 1881.

Die Beerdigung findet Donnerstag

den 19. Mai Vormittags 10 Uhr statt.

Den am 14. d. Mts. durch Gehirn-

schlag erfolgten Tod des Hofbeamten

Joh. Wiebe sen.

zu Ladekopp zeigen hiermit tief betrübt an

die Hinterbliebenen.

Fürstenwerder, den 16. Mai 1881.

Heute Mittag 12 Uhr starb
mein lieber guter Gatte, unjer
Bruder, Vater, Schwieger- und
Großvater nach zehntägigem
schweren Krankenlager der Gotts-
besitzer (6541)

Otto Grunau
im fast vollendeten 57. Lebensjahr.

Die Hinterbliebenen.

Lindenau, den 15. Mai 1881.

Die Beerdigung findet

Donnerstag, den 19. Mai cr.,

5 Uhr Nachm., vom Trauerhause

aus statt.

Verspätet.
Allen Freunden und Bekannten
meiner so fröhlig dargestellten, unver-
gleichlichen Tochter, für ihre gütige Mit-
wirkung und Teilnahme an ihrem
Begegnungsam 8. d. Mts. unjern tie-
gefühltesten Dank. (6544)

Lindt und Frau.

Die Beerdigung der Fr. G. Schwedt
findet Mittwoch den 18. Mai früh
10 Uhr vom Sterbehause Breitgasse 65
aus statt.

Das Begegnungsam des verstorbenen. Theer-
hofsinspector Hesse findet am Don-
nerstag den 19. Mai Vormitt. 10 Uhr
vor der Leichenhalle der St. Bartholomäi-
Kirche aus nach dem Bartholomäi
Kirchhof, halbe Allee statt.

Die Auction in Lange-
fuhr No. 69 findet nicht
am 26., sondern am 30.
Mai cr., Vorm. 10 Uhr,
statt. (6582)

Stützer,
Gerichtsvollzieher.

v. Kisielnicki,
Brodbänkengasse 7, II.
Zu sprechen von 12 - 2 Uhr.
Lehrer für
Violin- u. Klavierspiel.

Unterzeichnete, welcher einer von der
Kommission Zoppot gegründ. u. von
der Königlichen Regierung genehmigten
2 kläff. Privatschulen vorsteht, er-
teilt in den Schulstunden Vormittags
und vrb. Nachm. auch an Auswärtige,
besonders an Gymnasial- und Real-
schüler, Unterricht, auch in den großen
Ferien.

Zoppot, Pommerschestraße 17b.

Weiland, Cand. phil.

Dampfer-Gelegenheit
von Danzig—Neufahrwasser nach

Riga und via Riga
nach Liverpool

S. S. „Coleridge“ hier fällig am
20. d. hat Raum für Güter.
Anmeldungen erbeten

F. G. Reinhold.

Dampfer-Gelegenheit
von Danzig

nach Gothenburg

S. S. „Thor“ ladet hier Ende dieser
Woche und hat noch Raum für
Güter. (6559)

Anmeldungen erbeten

F. G. Reinhold.

Frischen Elb-Caviar,
großkörnig und von vorzüglichstem Ge-
schmack empfiehlt

Carl Köhn,

Heilige Geistgasse 29.

Fettene

Räucherlachs

in ganzen Hälften und ausgeschnitten,
empfiehlt billig

Carl Köhn,

Heilige Geistgasse 29.

D

ie Färbererei und Chemische Wäscherei von J. Friedländer in

Berlin legt besondere Sorgfalt darauf, Herren- und Damen-Garderobe

Sammelsachen, Gardinen u. nach franz. chem. Reinigung wie neu schnell

und billig, sowie Farbeschalen in nur schöner Farbe herzustellen. Annahme-

sstelle in Danzig, Langgasse No. 67, bei F. A. Seifert. (6227)

Von den Mode-Neuheiten der Frühjahrs- und Sommer-Saison Reinwollene Beige, sowie seidene und halbseidene Besatz-Stoffe Adolph Lotzin, Confection-, Manufactur- und Seiden-Waren-Handlung, Langgasse No. 76.

Möbel-Magazin des Tischler-Gewerks.

Wir empfehlen in größter Auswahl gebogene gearbeitete
Nusbaum-, Mahagoni-, Eichen-, Birken- und Kiefern-
Möbel jeder Art zu zeitgemäßen billigen Preisen.

Aust, Verwalter.

Schuh- u. Stiefel- Magazin

von Fr. Kaiser,

Zopengasse 20, 1. Cr. hoch,

empfiehlt sein großes Lager von Fuß-
bekleidungen aller Art (nur eigenes
Fabrikat) in neuesten Farben vom besten Material und gediegener Arbeit
für Herren, Damen und Kinder zu zeitgemäß soliden Preisen. Alte Ve-
stände werden bedeutend unter Kostenpreis verkauft. Bestellungen

prompt effectuirt. (6484)

Natürliche

Mineralbrunnen

Haupt-Niederlage

von Hermann Lietzau,

Danzig, Holzmarkt 1.

seifen u. s. m. in unbedingt zuverlässiger Beschaffenheit

und zu den äußersten Preisen der Concurrenz.

Gefällige Aufträge werden unter den coulantesten Be-

dingungen prompt und sorgfältig ausgeführt; für Danzig frei

in's Haus, nach außerhalb Emballage zum Selbstkostenpreise. Brunnen-

Schriften gratis.

Neue

Ungarische 4% Goldrente.

Anmeldungen auf die

zum Course von 77½%

zur Subscription gelangenden

160,000,000 Gulden Ung. 4% Goldrente

nehmen wir bis

Donnerstag, den 19. Mai cr.,

Mittags 12 Uhr,

provisionsfrei

entgegen.

Ungarische 6% Goldrente kam dagegen zum Course von

102½% ohne den Coupon per 1. Juli d. J. kostenfrei in Zahlung

gegeben werden, auch kaufen wir letztere zu 102½% franco aller

Spesen gegen Baarzahlung.

Meyer & Gelhorn,

Bank- und Wechsel-Geschäft.

1. Jahresbericht.

2. Rechnungslegung.

3. Antrag auf einen Zuzatz zu den Statuten.

4. Vorstandswahl.

5. Wahl zweier Ehrenmitglieder.

6. Vortrag des Herrn Dr. Hoffmann: „Die Belagerung und Eroberung
der Marienburg 1457“.

Danzig, den 15. Mai 1881.

Der Vorstand des Westpreussischen Geschichtsvereins.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.

2. Rechnungslegung.

3. Antrag auf einen Zuzatz zu den Statuten.

4. Vorstandswahl.

5. Wahl zweier Ehrenmitglieder.

6. Vortrag des Herrn Dr. Hoffmann: „Die Belagerung und Eroberung
der Marienburg 1457“.

Danzig, den 15. Mai 1881.

Der Vorstand des Westpreussischen Geschichtsvereins.

Zur General-Versammlung

dieses Jahres werden die Mitglieder des Westpreussischen

Geschichtsvereins auf Mittwoch, den 25. Mai a. cr.

Abends 7 Uhr, in die Aula des städtischen Gymnasiums hiermit

eingeladen.

(6446)

Leopold Goldstein & Co.,

Bankgeschäft.

Fr. Reich,

Hundegasse 119.

Evangelische und katholische

Gesang-Bücher

in einfachen wie eleganten sauberen und

dauerhaften Einbänden empfiehlt billigst

die Buchhandlung von

A. Trosien,

Petersringgasse 6.

Holl. rothe

Dachsfännen

von prima Qualität offeriert billigst

Albert Fuhrmann.

C. Delfarben

offerirt

Carl Schnarcke,

Brodbänkengasse 47.

Englische

Maschinenkölen

von bester frischer Qualität offeriret billigst

Albert Fuhrmann.

Frischen

Portland-Cement

Marke „Bredow“

Stettin, offeriret billigst ab Lager

Sohilka & Co.,

Comtoir: Frauengasse No. 3.

Circa 10000 Fuß 3 Jahre lagernde

Eichen-Böhlen, 3 und 4 Zoll sind zu

verkaufen. Adress. von Käufern unter

6598 i. d. Expedition d. Zeitung erbeten.

Pianinos

sind zur Miete vorrätig Breitgasse 13.

Ein neuer Bierwagen

auf Federn ist Kassabüche Markt 21 zu